

Angriff auf die Stadtspitze

Kämmerer Franz-Rudolf Urhahn wehrt sich gegen die Vorwürfe der Freien Wähler

Die Freien Wähler werfen der rot-grünen Mehrheit der Doppelstadt Untätigkeit vor. Das lässt Erster Stadtrat Franz-Rudolf Urhahn nicht auf sich sitzen.

Mörfelden-Walldorf. Ein noch nicht genehmigter Haushalt, Schwächen bei der Wirtschaftsförderung, verfehlte Signale bei den Steuern und Mängel beim Lärmschutz – diese Punkte werfen die Freien Wähler in der Doppelstadt um ihren Vorsitzenden Burkhard Ziegler SPD und Grünen vor. „Was hat das noch mit den Bürgern zu tun?“, fragt Ziegler und setzt fort: „Da wird ein Haushalt aufgestellt, der nach mehrmaligen Korrekturen immer noch nicht genehmigt ist.“

Arbeitsplätze vernichtet

Auch den Flughafenlärm thematisieren die Freien Wähler. „Da geht die Stadt bis vor das Verfassungsgericht gegen den Flughafen und verkennt, dass nicht dieser, sondern der Lärm das Problem ist“, so Ziegler. Den Lärm gebe es auch an anderen Stellen. Deshalb fordern die Freien Wähler, dass sich die „Stadtobersten“ um Schallschutz für die gerade genehmigte ICE-Trasse entlang der A 5 kümmern sollten.

Noch kritischer sehen die Freien Wähler Mörfelden-Walldorf die Anhebung der Gewerbesteuer von 380 auf 410 Prozent. „Diese Anhebung hat im Jahr 2014 genau 1662 Arbeitsplätze in der Doppelstadt vernichtet“, sagen die Freien Wähler und verweisen auf ihr Positionspapier (www.fw-mw.de). Firmen seien wegen der Erhöhung der Gewerbesteuer aus Mörfelden-Walldorf weggezogen, die Einnahmen gesunken, so Ziegler. „Im Haushaltsentwurf 2015 steht dazu lapidar: Der Grund des Einbruchs der Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2014 lag vor allem in den Abgängen des zweiten Halbjahrs 2014, die sich auf insgesamt mehr als 2,3 Millionen Euro beliefen“, sagt er.

Gang vor Gericht

„Ich kann die Zahlen des Herrn Ziegler nicht nachvollziehen“, sagt auf Nachfrage der FNP der Erste Stadtrat der Doppelstadt, Franz-Rudolf Urhahn (Grüne). „Er kann zu mir kommen, dann zeige ich ihm, wie viele Arbeitsplätze in den vergangenen 15 Jahren hier entstanden sind“, sagt Urhahn. Auch die Kritik am Haushalt lässt der Stadtkämmerer nicht gelten. „Wir liegen im Zeitrahmen für die Genehmigung des Haushalts.“

Den Gang vor das Verfassungsgericht wegen des Fluglärms verteidigt der Grünen-Politiker ausdrücklich. „Aktuell 500 000 Flugbewegungen im Jahr, bis zu 701 000 im Jahr 2020, sind gute Gründe für den Gang vor Gericht“, so Urhahn.

„Da ist Herr Ziegler ahnungslos“, kommentiert er die Kritik der Freien Wähler im Zusammenhang mit der ICE-Trasse. Diese sei noch nicht genehmigt. „Wer glaubt, ein Anruf bei der Bahn genüge, um Lärmschutz zu bekommen, zeigt, dass er keine Ahnung hat“, fügt Urhahn hinzu. „Ich finde es gut wenn sich jemand engagiert. Allerdings sollte er sich erst einmal ein in Kenntnis setzen“, so Urhahn.

Artikel vom 19.06.2015, 03:00 Uhr (letzte Änderung 19.06.2015, 02:53 Uhr)

Artikel: http://www.fnp.de/lokales/kreise_of_gross-gerau/Angriff-auf-die-Stadtspitze;art688,1453835

© 2015 Frankfurter Neue Presse